



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung am  
26.09.2023  
öffentlich**

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 18:27 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

### Anwesend waren:

Yvonne Winkler	Ausschussvorsitzende
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion MitBürger
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	Teilnahme ab 17:38 Uhr
Dr. Ulrike Wünscher	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Christian Feigl	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
	Teilnahme ab 17:40 Uhr
	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
	Teilnahme bis 18:22 Uhr
	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Vertreter für Frau Thomann
	Teilnahme ab 17:10 Uhr
Carsten Heym	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Andreas Heinrich	AfD-Stadtratsfraktion Halle
	Teilnahme bis 17:10 Uhr
	Teilnahme ab 17:10 Uhr - 18:13 Uhr
Eric Eigendorf	Vertreter für Herrn Senius
Frau Dörte Jacobi	Fraktion Die PARTEI Halle (Saale),
	unabhängig
	Vertreterin für Herrn Bochmann
	Teilnahme ab 17:15 Uhr
Jana Kozyk	Sachkundige Einwohnerin
Dirk Neumann	Sachkundiger Einwohner
Claudia Rohrbach	Sachkundige Einwohnerin
Richard Busch	Sachkundiger Einwohner
Henry Körner	Sachkundiger Einwohner
Anne-Katrin Wielebinski	Sachkundige Einwohnerin

### Verwaltung

Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete Kultur und Sport
Dr. Sabine Odparlik	Leiterin Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
Andreas Blümner	Teamleiter Digitale Stadt
Robert Schleider	Veränderungsmanager
Gertrud Diemer	Stadtplanerin, Team Stadtentwicklung

### Entschuldigt fehlten:

René Rebenstorf	Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Martin Bochmann	Fraktion Die PARTEI Halle (Saale),
	unabhängig
	Sachkundiger Einwohner
Ernst Josef Peter Dehn	Sachkundige Einwohnerin
Sarah Labusga	

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die Ausschussvorsitzende, Frau Winkler, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

*Auf Antrag des Stadtrates Carsten Heym, AfD-Stadtratsfraktion, wird zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.*

**Frau Winkler**

Ich stelle zur Tagesordnung fest, ja, dass ich mit dem Antrag der AfD meine Schwierigkeiten habe. Meine Verständnisschwierigkeiten zum einen, weil ich nicht weiß, was wir feststellen sollen, wenn noch nichts ist. Wir sind ja nicht zuständig, die sachkundigen Einwohner hierzu festzusetzen, sondern das muss ja im Stadtrat passieren. Ergo bin ich dafür, dass für nicht zuständig zu erklären in diesem Punkt. Herr Heym bitte.

**Herr Heym**

Also ich stelle erstens fest, Sie haben ohnehin nichts zu beschließen, weil Sie ein beratender Ausschuss sind. Es wurde in der Vergangenheit nie an der Sachkunde irgendeines zu berufenden sachkundigen Einwohners Zweifel gestellt, außer bei denen meiner Fraktion. Um hier eventuellem Gesprächsbedarf entgegenzukommen, haben wir den Antrag als erstes in den zuständigen Ausschuss, und welcher Ausschuss sollte dafür zuständiger sein, als in den berufen wird...

**Frau Winkler**

Ja.

**Herr Heym**

...und damit auf die Tagesordnung setzen lassen. Wir wollen Ihnen die Gelegenheit geben, sich hier entsprechend zu äußern. Wenn Sie das nicht möchten, Sie einen entsprechenden Beschluss fassen möchten, können Sie das selbstverständlich tun, das können wir nicht verhindern, allerdings können Sie sich dann auch im Anschluss nicht darauf berufen, dass Sie sich nicht entsprechend aussprechen konnten.

**Frau Winkler**

Ja gut, also über Inhaltliches rede ich hier überhaupt noch gar nicht, ich rede einfach nur davon, dass wir nicht berufen sind, jemanden zu berufen oder etwas festzustellen, was noch gar nicht da ist. Das geht im Vorhinein nicht. Das ist rein denklogisch aus meiner Sicht nicht möglich. Bitte Herr Heym.

**Herr Heym**

Der Stadtrat hat in der Vergangenheit die Sachkunde unserer sachkundigen Einwohner in Frage gestellt. Wenn Sie die Sachkunde klären möchten, ist das der Ausschuss, in dem Sachkunde bestehen muss. Dann klären Sie das hier, ich wüsste nicht, wo Sie das sonst klären möchten.

**Frau Winkler**

Herr Feigl, wollen Sie zum...

**Herr Feigl**

Ja. Also, meiner Auffassung nach ist der Finanzausschuss für Personalangelegenheiten zuständig, also, wenn man das sozusagen als Personalangelegenheit definiert, dann, aber hier jedenfalls...

**Frau Winkler**

Wir sind hier nicht im Personalbereich, das muss ich mal klar so sagen.

Also, ich plädiere auf, ja es geht um eine Ausschussmitgliedschaft und die haben wir hier nicht festzusetzen. Und wir können auch nicht im Vorhinein hier etwas festsetzen, was noch gar nicht festgesetzt ist oder feststellen, was noch gar nicht festgesetzt ist. Insofern bin ich der Meinung, dass das, das wir nicht zuständig sind. Ja, bitte Frau Rohrbach.

**Frau Rohrbach**

Ich glaube, ihm geht es einfach nur darum, dass wir feststellen sollen, ob der Herr Vierkant oder feststellen könnten, ob der Herr Vierkant eine Sachkunde besitzt oder nicht...

**Frau Winkler**

Das ist mir schon klar, was er hier meint.

**Frau Rohrbach**

Das wäre ja hier der Ausschuss.

**Frau Winkler**

Ich bin ja nicht doof, kein Thema. Ich denke nur, wir sind im Vorhinein nicht zuständig. Also, dieser Antrag ist jedenfalls nicht geeignet im Augenblick von uns bearbeitet zu werden. Das kann man im nächsten Monat, wenn man meint, man hätte Bedenken gegen die Sachkunde, kann man das im nächsten Monat machen, wenn derjenige bestellt ist, aber wir können nicht feststellen. Bitte, Herr Heym.

**Herr Heym**

Derjenige, der die Sachkunde feststellen kann, sind Sie. Sie haben heute Gelegenheit, wir haben die Ihnen gegeben. Wir haben den Antrag auf der Tagesordnung, wenn Sie meinen, Sie könnten hier so eine Art Verzögerungstaktik spielen, weil Sie mit irgendwelchen Geschäftsordnungsspielchen das in die Zukunft verzögern möchten, können Sie das gern versuchen. Wir werden dann, ich hatte das letztens im Hauptausschuss schon angekündigt, entsprechende Rechtsmittel einlegen.

**Frau Winkler**

Gut, das bleibt Ihnen unbenommen.

**Zuruf...?**

Abstimmen.

**Frau Winkler**

Abstimmen, ja. Wer ist dafür, dass wir hier nicht zuständig sind, von den Stadträten bitte ich um das Handzeichen.

3, 4, 5, 6, 7. Jemand dagegen? Einer ist dagegen. Also ist es...

**Protokollführerin**

Nichtbehandlung wegen Nichtzuständigkeit.

**Frau Winkler**

Ja genau. Wir behandeln diesen Punkt nicht, weil wir nicht zuständig sind. Das ist damit mehrheitlich angenommen.

So, Moment, also ist die Tagesordnung ohne diesen Punkt, also ohne den Antrag der Fraktion AfD, zu bestellen. Ich bitte um Handzeichen, wer der Tagesordnung so zustimmen kann.

Und wer ist dagegen? Bei einer Gegenstimme, mehrheitlich angenommen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Frau Winkler**

Änderungen und Ergänzungen gibt es zum TOP 7 Mitteilungen. Da haben wir also nicht nur den aktuellen Schwerpunkt Digitalisierung, sondern auch die Information zum Mietspiegel und den Fortschrittsbericht zur Digitalisierungskampagne und da empfehle ich, die Digitalisierungsthemen in einem Aufwasch zu bearbeiten. Die Unterlagen sind alle in Session eingestellt. Ich gehe davon aus, dass Sie sich damit befasst haben, sodass wir auf der Grundlage dieser Unterlagen schon mal eine gewisse Information haben.

***Ende Wortprotokoll***

Die Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 27.06.2023
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Feststellung einer Mitgliedschaft im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung  
Vorlage: VII/2023/06140 ***Nichtbehandlung wegen Nichtzuständigkeit***
7. Mitteilungen
- 7.1. Aktuelle Schwerpunkte im Bereich Digitalisierung  
Vorlage: VII/2023/06178
- 7.2. Information zum Sachstand Mietspiegel  
Vorlage: VII/2023/06227
- 7.3. "Fortschrittsbericht Digitalisierungskampagne"  
Vorlage: VII/2023/06243
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen
- NÖ 10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 27.06.2023
- NÖ 11. Beschlussvorlagen

NÖ Anträge von Fraktionen und Stadträten  
12.

NÖ Mitteilungen  
13.

NÖ Anfragen von Fraktionen und Stadträten  
14.

NÖ Anregungen  
15.

### **zu 3 Einwohnerfragestunde**

---

Es sind keine Einwohnerinnen und Einwohner erschienen, sodass die Fragestunde sofort wieder beendet wurde.

### **zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 27.06.2023**

---

Die Niederschrift vom 27.06.2023 wurde bestätigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

### **zu 5 Beschlussvorlagen**

---

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

### **zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

### **zu 7 Mitteilungen**

---

**zu 7.1 Aktuelle Schwerpunkte im Bereich Digitalisierung  
Vorlage: VII/2023/06178**

---

**Frau Dr. Odparlik** sprach an, dass regelmäßig zum Stand der Digitalisierungsprojekte, die in ihrem Fachbereich angegliedert sind, berichtet werden soll. Gleichzeitig bestand der Wunsch, eine Händlerumfrage zum Online-Marktplatz durchzuführen, hierzu werden die Ergebnisse ebenfalls vorgestellt.

**Herr Blümner** stellte die aktuellen Schwerpunkte anhand der in der Informationsvorlage hinterlegten Präsentation kurz vor. Bezüglich Smart City wies Herr Blümner auf den Termin 27.10.2023 Smart City@Silbersalz hin. In diesem Rahmen haben Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeit, sich im Marktplatz 20 in einer 90-minütigen Veranstaltung über das Projekt zu informieren. (alle Termine auf Seite 14 der Präsentation).

**Frau Dr. Odparlik** ergänzte, dass es bei dem Markterkundungsverfahren nicht darum geht, noch Breitbandlücken zu finden. In Halle ist eine fast 100%ige Abdeckung gegeben. Nachholbedarf besteht aber bzgl. des Datenübertragungsgeschwindigkeit. Es geht bei dem Markterkundungsverfahren daher darum, zu prüfen, wo Lücken im Glasfasernetz bestehen, deren Schließung im Rahmen des privatwirtschaftlichen Ausbaus nicht darstellbar ist. Diese Lücken zu erkennen und ggf. im Rahmen eines weiteren Förderprogramms zu schließen, ist Ziel des mit landesmitteln umgesetzten Markterkundungsverfahrens.

**Herr Busch** fragte zu den Aufladungszahlen beim Online Marktplatz nach. Handelt es sich hier um kumulierte Zahlen, d. h., dass es sich bei dem gezeigten Knick um einen Rückgang der Aufladungszahlen handelt? Welche Ursachen gibt es hierfür? Außerdem wollte er wissen, ob es Maßnahmen oder strategische Neubewertungen gibt, die sich aus der Datenlage ergeben haben.

**Herr Blümner** zeigte nochmals die Seite 6 und fragte, was bei dem Knick gemeint wäre.

**Herr Busch** erläuterte, dass hier alles aufaddiert wurde, was bereits alles eingezahlt worden ist. D. h., dass bei dem Knick erkennbar ist, dass die monatlichen Einzahlungen geringer werden.

Das bestätigte Herr **Blümner**.

Zur zweiten Frage antwortete **Herr Blümner**, dass die beiden Produkte: Online-Marktplatz und Stadtgutschein stetig weiterentwickelt werden sollen. Je mehr Händler auf dem Online-Marktplatz teilnehmen, umso attraktiver wird dies für die potenziellen Kunden und je mehr Kunden diesen Marktplatz nutzen, umso mehr steigert dies die Attraktivität für die Händler. Funktionell sollen weitere Dinge hinzukommen, es soll ein noch intensiverer der Austausch mit den Händlern erfolgen.

**Frau Dr. Odparlik** ergänzte, dass nicht die ganze Zeit ein linearer Anstieg von Einzahlungen erwartet werden kann, da der Absatz des Stadtgutscheins saisonalen Schwankungen unterlegen ist.

**Herr Körner** fragte zur Seite 5 nach, ob es eine Analyse gibt, wie viel Händler potentiell am Marktplatz teilnehmen können, um eine gewisse Attraktivität gestalten zu können.

**Herr Blümner** sagte, der Fokus weniger auf Quantität, sondern eher auf Qualität gelegt wird, was den Online-Marktplatz gegenüber anderen Plattformen ausmache. So werden die individuellen Besonderheiten der Stadt abgebildet.

**Frau Dr. Odparlik** sagte, dass unbegrenzt viele Händler teilnehmen könnten. Interesse besteht aus Sicht des Fachbereichs insb. an den kleinen Fachhändlern, die das Besondere ausmachen. Die großen Filialisten trifft man überall. Es bestehen Bemühungen, den Kreis der Teilnehmenden entsprechend zu erweitern. Darum kümmert sich ein Kollege aus dem

Fachbereich 80. Der Bedarf an persönlicher Unterstützung beim Aufbau des notwendigen Digitalisierungswissen ist bei den Händlerinnen und Händlern so hoch, dass der online-Marktplatz noch kein Selbstläufer ist.

Durch **Herrn Feigl** wurde angesprochen, dass er aus der Karte 44 Beteiligte entnommen hat, ist dem so?

**Herr Blümner** erwiderte, dass es sich um 70 Beteiligte handelt und sagte, dass auch der digitale Wochenmarkt weiter ausgebaut werden soll.

**Herr Feigl** sprach an, dass es mit viel Aufwand verbunden ist, sich auch auf einer zweiten Plattform zu bewegen, die dann auch die entsprechende Reichweite haben soll. Dies erkennt er so nicht.

**Herr Blümner** erläuterte dies am Beispiel eines Händlers der Innenstadt, der seinen Auftritt auf dem online-Marktplatz mit seinem Management verbunden und so Aufwand reduziert hat. Er ist dabei sowohl stationär als auch online erfolgreich. Selbstverständlich geht dies nicht ohne Einsatz. Beispielsweise sind die Optimierung der Suchmaschine und die daraus folgende Erhöhung der Sichtbarkeit im Internet und die Reichweite ganz wichtig.

**Frau Dr. Wünscher** sagte, dass sich ihr der Zielgewinn auch nicht erschließt. Die Läden erreicht man auch persönlich sehr gut, weswegen sie den Sinn der Onlinesuche nicht sah. Auch wenn dies eine Generationenfrage ist und jüngere Kunden mehr online unterwegs sind, sah sie hier keinen wirklichen Gewinn gegeben.

**Frau Dr. Odparlik** informiert, dass der E-Commerce ein stetiger Wachstumsmarkt ist und eine erhebliche Herausforderung für den stationären Handel darstellt. Gerade dieser trägt zur Attraktivität der Innenstadt bei. Auch wenn Einwohner/-innen der Stadt vielleicht schnell zu ihren Händlern/-innen gelangen können, suchen auch Kunden aus der Region die Geschäfte der Stadt auf. Es ist ein besonderer Service, dass sie, wenn keine Gelegenheit zum Stadtbesuch besteht, ihre vertrauten Händler auch online erreichen können. Der online-Marktplatz ist gerade dafür gedacht, die Reichweite des stationären Handels zu erweitern und ihn damit für die Innenstadt zu sichern.

**Herr Heinrich** hielt es nicht für eine Aufgabe einer Stadtverwaltung einen Online-Marktplatz zu erstellen. Wenn Werbung für die Stadt gemacht werden soll, könnte man sich mit einem etablierten E-Commerz - Händler partnerschaftlich zusammenschließen. Er sah dies als Verschwendung von Ressourcen des Verwaltungspersonals an.

**Frau Rohrbach** sagte, dass man nicht vergessen sollte, dass die meisten Händler vorher noch nicht mal einen Google-Eintrag hatten und keine Kundenkartei kannten. Es ist eine Handreichung der Stadt, dass den Händlern die Digitalisierung nähergebracht wird und damit auch die Möglichkeit, die eigene Attraktivität zu steigern. Sie sagte, dass es ihr sehr hilft, oftmals kurzfristig noch Sachen zu googeln, beim Händler zurücklegen zu lassen und dort abzuholen. Das Portal wird genutzt und sie hob hervor, dass dann auch gleich die Straßenbahnverbindung oder der nächste Parkplatz angezeigt werden, was sehr hilfreich ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**zu 7.2 Information zum Sachstand Mietspiegel  
Vorlage: VII/2023/06227**

---

**Frau Diemer** wies auf die vorliegende Informationsvorlage zum Mietspiegel hin, die den Sachstand von Ende August darstellt und stellte den aktuellen Sachstand einen Monat später vor.

Die Ermittlung der Wohnlagen und die Befragung der Mieter- und Vermieter und deren Auswertung waren die großen Aufgabenkomplexe im Zusammenhang mit der Erstellung und Ermittlung des Mietspiegels. **Frau Diemer** erläuterte nochmals kurz die entsprechenden Schritte hierzu, welche bereits in diesem Ausschuss vor einiger Zeit dargestellt wurden.

Die Stadt Halle (Saale) wurde entsprechend den Indikatoren vier Wohnlagen zugeordnet. Diese vier Wohnlagen bestätigen sich auch in einer Mietpreisdifferenzierung. Im Ergebnis gibt es eine Karte, in der jede Adresse einer Wohnlage zugeordnet werden kann. Der besten Wohnlage A können 4 % aller Adressen, der Wohnlage B 50 %, der Wohnlage C 30 % und der Wohnlage D 15 % zugeordnet werden. Im Mietspiegel wird dies als Karte und als Adressverzeichnis dargestellt.

Zu der Befragung informierte **Frau Diemer**, dass ca. 12 000 Haushalte befragt worden sind, fast hälftig Mieter und Vermieter. Es kamen über 8 800 Fragebögen zurück, das waren 73 %, das positive Ergebnis war auch der Auskunftspflicht geschuldet. Es waren davon insgesamt 4 383 Fragebögen verwertbar. Das entspricht 4 % des halleschen Wohnungsbestandes, was ein sehr guter Wert für die Erhebung ist. In der Mietspiegelverordnung wird gefordert, dass 1 % des Wohnungsbestandes repräsentiert werden soll. Sie erläuterte die Auswertung der Fragebögen.

Sie ging kurz auf die Regressionsanalyse ein, die jetzt auch abgeschlossen ist. Das Ergebnis der Berechnung ergibt einen Basiswert, der bezogen auf die Quadratmeteranzahl der Wohnung einen Preis angibt. Der Basiswert wird in einer Tabelle dargestellt. Im Rahmen der Berechnung wurden dann auch die Faktoren, die Einfluss auf den Mietpreis haben, untersucht. Das waren die Merkmale, die im Fragebogen aufgeführt waren. Für die signifikantesten Werte gibt es Zu- und Abschläge in Prozent.

Am 18.09.2023 tagte der Arbeitskreis „Mietspiegel“, in welchem die Ergebnisse vorgestellt wurden. Der Arbeitskreis hat die Empfehlung für den Stadtrat ausgesprochen, diesen Mietspiegel anzuerkennen. Es gab auch am 18.09.2023 eine Informationsveranstaltung für die Fraktionen, zu der die Wohnlageberechnung und erste Analyseschritte vorgestellt wurden.

Die endgültigen Ergebnisse lagen zu dem Zeitpunkt noch nicht vor.

Zum weiteren Zeitplan, der in der Informationsvorlage enthalten ist, sagte **Frau Diemer**, dass dieser, wie angedacht, nicht zu halten ist. Die vorgesehene Sitzung dieses Ausschusses und des Planungsausschusses am 24.10. 2023 ist noch in der Schwebe, hier erfolgt gerade noch eine Abstimmung. Demzufolge kann der Stadtrat erst danach, eventuell erst im Dezember, seinen Beschluss treffen. Mit der Zustimmung zum Mietspiegel könnte dann die Veröffentlichung des Mietspiegels mit einem Online-Rechner zum 1. Januar 2024 im Internet erfolgen. Es soll auch eine Druckfassung geben.

Zum Methodenbericht informierte **Frau Diemer**, dass dieser erst Ende Oktober/Anfang November 2023 fertig sein wird.

**Herr Neumann** äußerte sich als Mitglied des Arbeitskreises „Mietspiegel“ und als Netzwerksprecher der ansässigen Wohnungsgenossenschaften und kommunalen Wohnungsunternehmen zum Mietspiegel. Er ging kurz auf den ersten Mietspiegel ein, welchen der Stadtrat nicht beschlossen hat. Es wurde sich dann bewusst für einen Regressionsmietspiegel entschieden. Dazu wurde ein Arbeitskreis gegründet, welcher sich aus Vermietern und Mietern zusammengesetzt hat, dem Deutschen Mieterbund und Haus

und Grund. Diese Beratung wurde durch die Expertise der in Halle (Saale) ansässigen Wohnungsgenossenschaften und –unternehmen flankiert, um die entsprechende Sachkenntnis vom hiesigen Wohnungsmarkt heranzuziehen. Der Arbeitskreis wurde durch einen Richter vom Amtsgericht und einen Vertreter des Deutschen Städtetages ergänzt.

Der Arbeitskreis hat einstimmig am 18.09.2023 dafür votiert, dem Stadtrat eine Empfehlung zur Annahme des Mietspiegels auszusprechen.

**Herr Neumann** machte deutlich, dass der vorliegende Mietspiegel ein einfaches, plausibles Instrumentarium darstellt und damit die Transparenz für die Bürger/-innen der Stadt gegeben ist. Er erläuterte kurz, welche Eingabewerte erfolgen müssen, um den Mietwert in der entsprechenden Wohnlage ermitteln zu können. Es gibt dann noch ein Straßenverzeichnis im Online-Rechner.

Er appellierte an den Stadtrat, dem überarbeiteten Mietspiegel zuzustimmen, da der Mietspiegel ein Instrument von höchster kommunaler Bedeutung darstellt, der zum 1.01.2024 wirksam sein soll.

**Frau Rohrbach** bat darum, dass vorab bereits eine Information eingestellt werden sollte, analog der Verfahrensweise zum Haushalt, damit sich die Stadträte bereits vorher schon damit beschäftigen können.

**Frau Diemer** sagte, dass die Vorlage fristgerecht vor den Sitzungen freigeschaltet werden soll. Der Methodenbericht aber erst Anfang November vorliegen wird.

**Herr Neumann** sagte, dass seit über einem halben Jahr zum Mietspiegel getagt wurde. Die Methodik wurde auch beschrieben. Alle Dinge über die Wohnlage, die Zu- und Abschläge etc. konnten den jeweiligen Präsentationen entnommen werden. Der Arbeitskreis hat auch ohne den Methodenspiegel die Empfehlung zur Annahme des Mietspiegels empfohlen, da ansonsten die gesetzlich vorgegebene Zeitschiene nicht gehalten werden kann.

**Frau Krischok** dankte für die Ausführungen, wie auch für die vorliegende hilfreiche Informationsvorlage, der bereits sehr viel zu entnehmen ist.

**Herr Busch** fragte zur Verbreitung des Mietspiegels nach und wollte wissen, ob alle Vorbereitungen getroffen wurden, dass mit Beschlusslage auch zum 1. Januar 2024 alle Informationen, einschließlich des Mietspiegelrechners, den Bürgerinnen und Bürgern rechtzeitig zur Verfügung stehen können.

**Frau Diemer** bejahte dies. Die technischen Vorbereitungen laufen, sodass sie davon ausgeht, dass die Terminhaltung zum 01.01.2024 möglich sein wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

### zu 7.3 "Fortschrittsbericht Digitalisierungskampagne" Vorlage: VII/2023/06243

---

**Frau Dr. Odparlik** wies auf das Team Digitale Verwaltung hin, die sich damit beschäftigen, wie die Digitalisierung innerhalb der Verwaltung vorangetrieben werden kann. Aktuell wird in Federführung des Teams DV in Abstimmung mit dem Team DS des FB 80 eine Strategie zur Digitalisierung der Verwaltung erarbeitet, die als Umsetzungsschritt der Smart City Strategie im Handlungsfeld „Smarte Verwaltung“ erfolgt. Da es einen Stadtratsbeschluss gab, jährlich

in Form eines Fortschrittsberichts zum aktuellen Stand zu informieren, wird dem heute nachgekommen.

**Herr Schleider** präsentierte die entsprechenden Ergebnisse, welche auch der vorliegenden Informationsvorlage zu entnehmen sind. Er wies anfangs darauf hin, dass in diesem Ausschuss bereits durch den damaligen Abteilungsleiter, Herrn Ruppe, über die Digitalisierungskampagne informiert worden ist.

Er stellte anhand der einzelnen Folien die entsprechenden Handlungsfelder mit den entsprechenden Maßnahmen und dem derzeitigen Stand vor und gab einen Ausblick auf 2024.

**Herr Blümner** führte kurz zu Smart City, vernetzte Verwaltung, aus, was den entsprechenden Seiten in der Informationsvorlage (Präsentation) zu entnehmen ist.

**Herr Schleider** sagte, dass die Verwaltung natürlich an der Digitalisierungskampagne weiterarbeitet, um die Voraussetzungen innerhalb der Verwaltung für eine schnellere und effizientere Digitalisierung voranzutreiben.

**Frau Winkler** fragte, ob es einen Grund gibt, dass im Geschäftsbereich Kultur und Sport in allen Bereichen wenige Projekte angesiedelt sind.

**Herr Schleider** sagte, dass es noch Querschnittsthemen gibt, die allen Bereichen zugutekommen. Es gibt keine Verteilung auf Geschäftsbereiche, jetzt handelt es sich um eine Bestandsaufnahme, die 2024 schon wieder anders aussehen kann.

**Herr Feigl** fragte zur Seite 7, zur dritten Maßnahme nach, hier: Neues Stadtportal (halle.de). Er fragte, wie die Abgrenzung zwischen Inhalten und der Benutzbarkeit des Ganzen erfolgt, da das Portal zwar mit vielen Inhalten gefüllt ist, aber kaum Verknüpfungen vorhanden sind. Er bemängelte die Suchmaschine, die nicht kundenfreundlich nutzbar ist.

**Herr Schleider** antwortete, dass die technische Basis aktualisiert und das Portal aktiv geschaltet wurde. Eine WEB-Seite ist nie fertig, es gibt immer noch Nacharbeiten, die auch jetzt noch stattfinden. Hier gibt es die Online Redaktion, als auch die Fachbereiche, die die Inhalte pflegen und auch fehlende Dinge noch nacharbeiten. Das Projekt als solches ist abgeschlossen, da die Seite produktiv ist, aber es gibt Folgeprojekte mit entsprechenden Tätigkeiten.

**Herr Feigl** fragte nach, ob es eine Wunschliste gibt, die abgearbeitet wird. Wenn im Ergebnis nur eine schwer benutzbare Seite besteht, muss eine Ursachenforschung betrieben werden. Sind die Vorgaben aus den Fachbereichen schlecht gewesen oder wurde noch nicht alles eingearbeitet?

**Herr Schleider** wiederholte, dass ständig Nacharbeiten zu Inhalten stattfinden. Fehler, die auftreten, werden schnellstmöglich bereinigt.

**Frau Winkler** sagte, dass es eine Nutzeranfrage geben und bei erschwerten Suchen der Weg dazu klarer dargestellt werden sollte. Hier muss auch berücksichtigt werden, dass Bürger/-innen das Angebot niedrigschwellig benötigen.

**Herr Feigl** wies nochmals darauf hin, dass die Verknüpfungen auf den städtischen Internetseiten schlecht erfolgen. Wenn ein Thema gefunden wird, muss eine Verknüpfung auf die entsprechenden Seiten (Satzungen, Formulare etc.) erfolgen. Die entsprechenden Links zu bestimmten Dokumenten fehlen oftmals.

**Frau Krimmling-Schoeffler** fragte zu den Online-Diensten, ob geplant ist, dass vor allem im Einwohnermeldeamt Sachen digitalisiert werden. Sie benannte als Beispiel die Beantragung eines neuen Personalausweises, wenn der alte abgelaufen ist und fragte, ob dies zukünftig online erfolgen kann oder dies rechtlich ausgeschlossen ist.

**Herr Schleider** antwortete, dass grundsätzlich das Online-Zugangsgesetz aussagt, dass perspektivisch jede Verwaltungsleistung elektronisch beantragt werden soll. Es gibt einschränkende Themen. Es gibt deutschlandweit Projekte in verschiedenen Bundesländern, die in den Ministerien in der Verantwortung sind. Es gibt auch eine Aktualisierung des Fachverfahrens, damit sollen auch die vorhandenen Online-Dienste, aber auch weitere Dienste verfügbar sein. Es muss geschaut werden, wie das Land die Verträge schließt, dann können auch diese Dienste angeboten werden, die es bereits in anderen Bundesländern gibt. Wenn es die Möglichkeit gibt, ist die Stadt in entsprechenden Pilotprojekten mit vertreten.

**Frau Jacobi** fragte, welche Vorteile das neue Stadtportal hat. Ihr ist aus dem Fachbereich Immobilien durch eine Akteneinsicht bekannt, dass bestimmte Vorgänge zum Erbaurecht nicht digitalisiert werden können. Wie wird damit umgegangen?

**Herr Schleider** sagte, dass er zur WEB-Seite nicht alle Vorteile aufführen kann, hierzu wurde bereits einige Male an verschiedenen Stellen schon berichtet. Er bot die Erstellung einer Übersicht über die verschiedenen Themen, im Vergleich zur alten Internetseite der Stadt an.

Zum Thema Schriftgut ging er darauf ein, dass verschiedene Dinge vorher geprüft und aus rechtlicher Sicht geklärt sein müssen, welche Schriftstücke nicht digitalisiert und Originale nicht vernichtet werden dürfen. Der Aufwand ist hierzu immens. Deswegen ist dies nicht pauschal beantwortbar.

**Frau Kozyk** sagte, dass es ihr mit der Suchmaschine ähnlich geht, wie es bereits angesprochen wurde. Hier ist aber sicher zu berücksichtigen, welche Aufgaben die erstellenden Personen erhalten haben, wenn dies nicht klar beschrieben war, kann dies nicht an den Mitarbeiter/-innen festgemacht werden.

Sie sagte, dass die Online-Terminvergabe im Einwohnermeldeamt sehr gut funktioniert. Die Wartezeit, bis der Termin wahrgenommen werden kann, dauert länger. Sie hob die sehr kompetente und freundliche Arbeitsweise der Mitarbeiter/-innen dort hervor.

Sie fragte zum Wohngeldantrag, welcher 12/2023 verfügbar sein sollte, nach und wollte konkret wissen, wann dieser produktiv geschaltet wird. Die Wohngeldbeantragung erfolgt demnächst, da dies alle 12 Monate neu beantragt werden muss. Die Wohnungsgenossenschaften und –gesellschaften unterstützen hier ihre Mieter/-innen. Es müssen acht Seiten bearbeitet werden, deswegen ist die Onlineschaltung sehr wichtig. Wann und wie wird hierzu informiert? Sie bat darum, die Wohnungsunternehmen möglichst vorab darüber zu informieren. Frau Kozyk fragte, ob es den Antrag in mehreren Sprachen geben wird.

**Herr Schleider** sagte, dass dieses Thema gemeinsam mit dem Land bearbeitet wird. Hier geht es um eine Anwendung, die vom Land zentral bereitgestellt wird. Der Online-Antrag wurde durch ein anderes Bundesland entwickelt, wurde über einen Vertrag eingekauft, und jetzt geht es seit Monaten darum, eine Schnittstelle zu beauftragen oder technisch zu entwickeln. Das Land muss den entsprechenden Dienstleister beauftragen, bisher ist die Schnittstelle nicht fertiggestellt geworden. Die Stadtverwaltung Halle bemüht sich seit längerer Zeit darum, dass der Online – Antrag zur Verfügung steht. Hier ist das Land gefragt, um über den Dienstleister die Schnittstelle zu vervollständigen, damit der Online-Antrag die Daten auch in das Fachverfahren übertragen kann. Der Online-Antrag ist fertig, das

Fachverfahren existiert, aber die Verbindung dazwischen nicht. Insofern sind die Kommunen von dieser Fertigstellung abhängig.

Zu der Frage der Mehrsprachigkeit muss er nachfragen. Dies wird schriftlich beantwortet.

**Frau Rohrbach** merkte ebenfalls an, dass die Webseite aus ihrer Sicht nicht gut erstellt ist, man sucht sehr lange nach vielen Begriffen oder Verlinkungen. Sie wollte wissen, ob die Summe zur Erstellung der Webseite der ursprüngliche Preis war oder ob Nachforderungen hinzugekommen sind. Die Summe für die Firewall erscheint sehr hoch.

**Herr Schleider** antwortete, dass der dargestellte Wert auf die Maßnahme 2023 bezogen ist. Die Gesamtsumme kann er nicht benennen.

**Frau Dr. Odparlik** sagte, dass es heute zwei verschiedene Berichte zur Digitalisierung gab – der erste auf Basis des Wunsches des AWWSD quartalsweise über den Sachstand der Digitalisierungsprojekte des FB 80 informiert zu werden und der zweite auf Basis eines Stadtratsbeschlusses zum jährlichen Fortschrittsbericht Digitalisierung. Sie fragte hierzu, ob dies weiterhin parallel laufen soll oder ob beide Berichte im Fortschrittsbereich Digitalisierung integriert werden können. Die Mitglieder des Ausschusses befürworteten den gemeinsamen Bericht.

## zu 8      **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

### zu 8.1      **Frau Winkler zur Vereinshütte auf dem Marktplatz**

---

**Frau Winkler** sprach an, dass nach einem erfolgreichen Pilotprojekt im Sommer vergangenen Jahres das Angebot einer Vereinshütte auf dem Marktplatz zur kostenfreien Nutzung durch „hallesche gemeinnützige, kulturelle und Sportvereine sowie weitere Nutzerinnen und Nutzer“<sup>1</sup> auch in diesem Jahr fortgesetzt wurde. Dem Vernehmen nach trifft das Angebot weiterhin auf reges Interesse.

Hierzu fragte sie:

1. Findet eine Auswahl der Nutzenden statt? Wenn ja, nach welchen Kriterien wird diese Auswahl getroffen? Wenn nein, wie erfolgt die Zuteilung von Nutzungszeiten stattdessen?
2. Ist es der Stadtverwaltung prinzipiell möglich, Anfragen einzelner Nutzungswilliger abzulehnen? Wenn ja, welche Bedingungen müssen hierfür erfüllt sein?

**Frau Dr. Marquardt** sagte eine schriftliche Beantwortung der Verwaltung zu.

## zu 9      **Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

**Die Ausschussvorsitzende, Frau Winkler**, beendete den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

---

Yvonne Winkler  
Ausschussvorsitzende

---

Uta Rylke  
stellv. Protokollführerin